

J A H R E S B E R I C H T

1 9 9 0

G B Z

GEWERKSCHAFTSBUND
DES KANTONS ZUG

J A H R E S B E R I C H T

1 9 9 0

Frauen wollen Taten sehen

"Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit". Dieser bedeutsame Satz steht seit 10 Jahren in der Schweiz.Bundesverfassung. Verfassungsmässiger Anspruch und Realität klaffen jedoch weit auseinander. Die Frauen verdienen auch heute noch in der Schweiz bis zu einem Drittel weniger als ihre männlichen Arbeitskollegen.

Neuerdings ist nun ein Gesetzestext in der Vernehmlassung, dass die Gleichstellung endlich vorantreiben soll. Der Gesetzesentwurf enthält einiges Positives. So sollen Frauen nicht mehr nur individuell klagen können, auch Frauen- und Arbeitnehmerorganisationen sollen Rechte erhalten die ihnen bisher verwehrt blieben.Zum Beispiel Klage zu führen wegen Verletzung des Rechts auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.Ebenso müssen die Kantone Vermittlungsstellen für Streitigkeiten um Lohngleichheit schaffen

Allerdings gibt es auch einiges an Unverständlichem. So will der Bundesrat zuerst ein Gutachten zu den wirtschaftlichen Auswirkungen eines Kündigungsschutzes und eines Diskriminierungsverbots ausarbeiten lassen bevor er sich entscheidet, ob beides definitiv in die endgültige Fassung kommt.Aufgrund bereits vorhandener Studien ist bekannt, dass gerade wegen des fehlenden Kündigungsschutzes praktisch keine Lohnklagen eingereicht werden.Der SGB hat verschiedentlich zu diesem Problem geäussert. Man kann sich somit des Eindruckes nicht erwehren, dass der Bundesrat in diesem strittigen Punkt nicht für die erwerbstätigen Frauen sich einsetzt, sondern auf Forderungen seitens der Arbeitgeber eingeht. Es wäre immerhin im Jubiläumsjahr der Eidgenossenschaft ein gutes Omen gewesen, wenn der Bundesrat zugunsten der erwerbstätigen Frauen etwas mehr Mut gezeigt hätte. Kündigungsschutz und gesetzliches Diskriminierungsverbot hält der Bundesrat in der

Vernehmlassung zwar als "für die Verwirklichung des Lohnleichheitsgrundsatzes von zentraler Bedeutung", aber sich klar und deutlich dafür zu entscheiden, hat es bis heute unterlassen.

Der Druck ist demzufolge aufrecht zu erhalten. Noch vor dem Frauenstreiktag am 14. Juni, 1991 hat also der Bundesrat einen Gesetzesentwurf zugestellt. Vermutlich glaubt er, dass damit die Angelegenheit bezüglich Gleichberechtigung erledigt sei und sich die Frauen am 14. Juni ruhig verhalten werden. Verständlicherweise hat die Geduld der Frauen Grenzen und so werden auch die Frauen am Frauen-Streiktag für ihre Rechte eintreten.

Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes des Kantons Zug

Die ordentliche Delegiertenversammlung des GBZ fand am 25.4.1990 in Zug statt. Nebst den statutarischen Geschäften wurden die neuen GBZ-Statuten beschlossen. Ueberdies fanden Orientierungen über die beiden Initiativen "Prüfungsfreier Uebertritt von der Primarschule an die Oberstufe" und "Neugestaltung der Oberstufe an der Volksschule" statt. An zwei weiteren ausserordentl. Delegiertenversammlungen wurden verschiedene aktuelle Geschäfte diskutiert und beschlossen. So wurde am 20. Aug. 1990 über die Revision des kant. Schulgesetzes orientiert und gleichzeitig nahm der GBZ zu den VPOD-Initiativen "Gleiche Ausbildung für Knaben und Mädchen" sowie "Blockzeiten an den Primarschulen" Stellung. Letztere fanden die ungeteilte Zustimmung der Delegierten. Im Rahmen der kant. Schulgesetz-Revision fanden beide VPOD-Anliegen weitgehendst Beachtung und es wird möglicherweise zu einem Rückzug der Volksbegehren kommen.

Die Delegiertenversammlung vom 17. Sept. 1990 befasste sich nebst der Teilrevision der Kantonsverfassung, insbesondere mit den gemeindlichen und kantonalen Wahlen vom Herbst 1990.

Die offizielle 1. Mai-Feier stand unter dem Motto "Für ein soziales Europa". Urs Girod, Bern, Madeleine Landolt Zug und Maurelló Vincenzo, Zug waren die Referenten. Rund 300 Personen nahmen an der Feier auf dem Landsgemeindeplatz in Zug teil.

Folgende Bildungstage wurden durch den GBZ organisiert:

- * 12. Januar, 1990 "Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz" mit Vasco Pedrina Zentralsekretär GBH und Christian Conzett

Betr.-Komm.-Präsident Sulzer AG.Winterthur.

- * 1.Februar, 1990 "Berufsrisiko und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz" mit Martin Studer, GBH
- * 13.Februar, 1990 "Gesundheitsgefährdende Arbeitszeiten" mit Urs Girond, SMUV Bern
- * 23.November, 1990 "Das soziale Europa" mit Dario Marioli, SMUV, Biel, Hans Schäppi, GTCP, Basel und Sybilla Schmid, SMUV, Zug.

Zwei dieser Bildungstage wurden ganztägig und die beiden anderen jeweils abends durchgeführt. Trotz der aufwendigen Arbeit der Organisatoren waren die Teilnehmerzahlen an den Abendkursen sehr bescheiden.

12.Jan.1990	13 Teilnehmer
1.Febr.1990	4 Teilnehmer
13.Febr.1990	6 Teilnehmer
23.Nov. 1990	11 Teilnehmer

Den Organsiatoren, insbesondere unserem Vorstandsmitglied Bruno Bollinger und den Referenten danken wir bestens.

Im Rahmen der Unterschriftensammlung der AHV/IV-Initiativen des SGB und der SPS organisierte der GBZ am 2.Oktober,1990 einen Altersnachmittag im Theater Casino in Zug. Der Erfolg war beachtlich, fanden doch gegen 300 Personen den Weg ins Casino. Die Unterschriftensammlung im Kanton Zug ergab für diese Initiative bisher gegen 4000 Unterschriften. Gesamtschweizerisch ist das Soll schon seit einiger Zeit erreicht.

Vom 18. bis 20.Oktober, 1990 führte der SGB seinen ordentlichen Gewerkschaftskongress in Interlaken durch. Nebst einem neuen Programm verabschiedete der Kongress verschiedene Stellungnahmen zu aktuellen Themen. Der neugewählte SGB-Präsident, Walter Renschler, Zürich verwies in seinem Grundsatzreferat auf die notwendige Oeffnung der Gewerkschaften nach aussen hin, damit die Gewerkschaften in allen Branchen Fuss fassen könnten. Ein Antrag des GBZ zur Verbesserung der Rechte für die Ausländerinnen und Ausländer wurde vom Kongress zuhanden des SGB-Vorstandes überweisen. Delegierter am Kongress war Bruno Bollinger.

Die Beschlüsse bezüglich den gemeindlichen und kantonalen Erneuerungswahlen waren innerhalb der Delegiertenversammlung nicht gänzlich unbestritten. Nach wie vor sind wir von der Richtigkeit dieser Beschlüsse überzeugt, weil die parteipolitische Unabhängigkeit der Gewerkschaften im Vordergrund gesehen werden muss. Die von uns unterstützten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter wurden mit wenigen Ausnahmen gewählt. Es sind dies:

Gemeindliche Wahlen vom 27./28. Oktober, 1990

Stadtrat von Zug: Eusebius Spescha VPOD
(Exekutive) Othmar Romer VPOD

Gr. Gemeinderat Zug: Walter Furrer SMUV, Dölfi Müller VPOD,
(Legislative) Armin Oswald GBH, Daniel Brunner SMUV,
Josef Lang VPOD, Martin Stuber SMUV.

Gemeinderat Baar: Ruedi Hug SMUV
(Exekutive)

Gemeinderat Steinhausen: Ernst Ineichen SMUV.
(Exekutive)

Kantonale Wahlen vom 10./11. November, 1990

Regierungsrat: Urs Birchler VPOD, Hanspeter Uster VPOD.

Kantonsrat: Othmar Birri SEV, Armin Jans VPOD, Othmar Romer
VPOD, Madeleine Landolt GBH, Arlene Wyttenbach
VPOD, Urs Kern SMUV, Sybilla Schmid SMUV, Toni
Kleinmann VPOD.

Das VPOD-Mitglied Dölfi Müller kandidierte zusätzlich für ein Ständeratsmandat und vermochte den CVP-Mann und Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbandes, Markus Kündig, Zug in arge Bedrängnis zu bringen. Immerhin vermochte Markus Kündig nicht im ersten Wahlgang zu reüssieren.

Wir gratulieren allen Gewählten recht herzlich und erwarten selbstverständlich, dass die gewerkschaftlichen Interessen bei allen gute Aufnahme finden.

Bedingt durch die hohen Kapitalzinsen flacht der noch im Vorjahr festgestellte konjunkturelle Aufwärtstrend eher ab. Im Kanton Zug ist vorläufig noch wenig spürbar. Wie jedoch aus Gewerbekreisen hörbar ist, wird mittel- bis langfristig mit einem Einbruch ge-

rechnet. Nach wie vor herrscht in einzelnen Branchen ein erheblicher Arbeitskräftemangel z.B. in den Pflegeberufen, Gastgewerbe, in qualifizierten höheren technischen Berufen und vor allem im Sektor Informatik.

Auf Jahresende wurden im Kanton Zug insgesamt 152 Ganz-Arbeitslose registriert d.h. 47 mehr als im Vorjahr.

	<u>Ganzarbeitslose</u>	<u>Kurzarbeitende</u>
Januar	113(138)	2(4)
Februar	103(137)	8(3)
März	98(139)	18(1)
April	106(118)	17(5)
Mai	101(112)	18(5)
Juni	110(124)	5(1)
Juli	94(101)	5(0)
August	104(101)	5(0)
September	109(100)	10(0)
Oktober	121(104)	3(0)
November	129(108)	14(1)
Dezember	152(105)	14(0)

In Klammern Zahlen des Vorjahres

Mit besonderer Besorgnis wird zurzeit die Entwicklung bei der Spinnerei a/d Lorze AG Baar verfolgt. Der Vorstand befasste sich an zwei Sitzungen mit der Lage, obwohl der GBZ bzw. SGB-Verbände nur marginal betroffen sind. Federführend ist der Landesverband Freier Schweizer Arbeiter und der Christl. Textilarbeiterverband. In einer öffentlichen Stellungnahme und einem Schreiben an den Gemeinderat von Baar haben wir auf die letztthin erfolgten 46 Kündigungen reagiert. Wir erwarten, dass die zuständigen Instanzen sich um einen akzeptablen Sozialplan bemühen.

Verbandsentwicklung

Nachdem wir in den Jahren 1988 und 1989 Mitgliederzunahmen beim GBZ zu verzeichnen hatten, trat 1990 eine leichte Abnahme von 24 Personen ein. Zunahmen sind nach wie vor bei der Gewerkschaft Bau und Holz(GBH) zu vermerken. Der SMUV nahm

um 12 und der SEV/APV um 9 Mitglieder ab.

Mitgliederentwicklung 1990

Angeschlossene Verbände und Gruppen insgesamt 16.

<u>Sektionen/Gruppen</u>	<u>1987</u>	<u>1988</u>	<u>1989</u>	<u>1990</u>
SMUV	673	715	714	702
GBH	277	328	355	376
GDP	45	40	40	26
VPOD	98	101	106	108
GTCP	16	24	29	21
VHTL	29	24	22	20
PTT-Union Post	51	56	60	63
PTT-Union Telefon	28	29	31	29
PTT-VSPB	15	17	22	21
SEV/LPV	5	7	7	7
SEV/SBV	53	58	69	71
SEV/ZPV	14	14	14	13
SEV/RPV	16	15	15	15
SEV/APV	36	33	28	19
SEV/VAS	20	15	15	15
SEV/WPV	6	6	4	2
Total	1382	1480	1531	1508

=====

Abschliessend danke ich allen Kolleginnen und Kollegen die sich in irgendwelcher Form den Gewerkschaften zur Verfügung gestellt haben.

Diesen Dank verdienen insbesondere meine Vorstandsmitglieder, aber auch die Kolleginnen und Kollegen in den Sektionen. Aber auch den Betriebskommissionen und Arbeitsgruppen gehört ein uneingeschränktes Dankeschön. Jede Mitarbeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung ist wertvoll und bedeutet ein Baustein in der Durchsetzung unserer gewerkschaftlichen Anliegen.

Zug, im April 1991

Othmar Romer
Präsident